



Dr. Karin Thissen
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag
Platz der Republik · 11011 Berlin
Tel.: 030-227-75002
Fax: 030-227-70002
E-Mail: karin.thissen@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Brookstraße 1 · 25524 Itzehoe
Tel.: 04821-439-6920
Fax: 04821-439-6922
E-Mail: karin.thissen@bundestag.de

Pressemitteilung 48 | 2016

Berlin, 22. November 2016

Der Zug rollt wieder – Industriestandort des Nordens stärken

Bundestagsabgeordnete Dr. Karin Thissen (SPD) – zuständig für Brunsbüttel, Wilster und Itzehoe – zu den aktuellen Entwicklungen für einen Ausbau der Güterstrecke zum Industriegebiet Brunsbüttel:

„Den öffentlichen Worten zahlreicher Politiker für eine Stärkung der Westküste werden nach intensiven Gesprächen in Berlin nun endlich parlamentarische Taten folgen. Damit das Gütergleis ausgebaut wird und Brunsbüttel ein Zweites bis Wilster erhält samt Elektrifizierung bis Itzehoe, wird der Bundestag der Bundesregierung ein klares Signal senden.

Der Fachausschuss wird am morgigen Vormittag einen Änderungsantrag beschließen, mit dem die Parlamentarier das CSU-Ministerium verpflichten, mehrere Ausbauprojekte erneut zu berechnen. Bis Ende 2017 wird das Ministerium deren Wirtschaftlichkeit für den Bundesverkehrswegeplan prüfen, auch die Strecke von Wilster nach Brunsbüttel.

Die positiven und bemerkenswerten Entwicklungen des ChemCoastPark Brunsbüttels mit dessen Wirtschaftsinvestitionen, Zukunftstechnologien, Neuansiedlungen und Wirtschaftszuwächsen, die das Güterverkehrsaufkommen enorm steigern, kommen entgegen der Haltung und Aussagen des Ministeriums nun doch noch auf den Tisch und müssen neu bewertet werden. Es drängt sich der Eindruck auf, dass das Bundesverkehrsministerium die Entwicklungen und das Potential des größten schleswig-holsteinischen Industriestandortes bisher nicht zur Kenntnis nehmen will. Dies vor allem vor dem Hintergrund positiver Förderung und Bewertung von Mit-Konkurrenten durch parlamentarische Staatssekretäre im Verkehrsministerium mit niedersächsischer Herkunft.

Um diesen Umstand politisch entgegenzutreten, bedarf es in den kommenden Jahren starker Politik in Berlin für die Region und einer breiten Koalition, nicht nur in den Parteien und über die Fraktionsgrenzen im Bund und Land hinweg, sondern auch mit den Wirtschaftsverbänden und Interessengemeinschaften in Schleswig-Holstein. Die Wirtschaft kann die Entwicklung, die politisch nun angestoßen wird, weiter unterstützen, indem den Ministerien die Zahlen und zukünftige Leistungsfähigkeit dargelegt werden.“

PRESSEMITTEILUNG